

Vielen Zwängen ausgesetzt

Genf. Sexuelle Ausbeutung sowie Zwangsarbeit in Privathaushalten und in der Privatwirtschaft bringen den Auftraggebern nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) jedes Jahr 110 Milliarden Euro ein. Der mit Abstand größte Teil dieser Profite (75 Milliarden Euro) kommt aus der Zwangsprostitution, wie aus dem am Dienstag in Genf veröffentlichten Bericht »Profite und Armut« hervorgeht. Weltweit arbeiten danach fast 21 Millionen Menschen unter Zwang, 5,5 Millionen von ihnen sind Kinder. Rund 55 Prozent der Betroffenen sind weiblich.

Der Menschenrechtsausschuß des Bundestages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland (jW-Beitrag dazu folgt). Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes forderte aus diesem Anlaß erneut ein sicheres, nicht an die Aussagebereitschaft vor Gericht gebundenes langfristiges Bleiberecht für Opfer. TdF-Expertin Sibylle Schreiber kritisierte jedoch, im aktuellen Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums »zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung« (siehe dazu jW vom 12.5.) sei ein Aufenthaltsrecht für Betroffene erneut an die Bedingung geknüpft, daß sie als Zeugin vor Gericht aussagen. Damit mißachte die Regierung »die besondere Gefährdungslage der Frauen und stellt den Opferschutz hinter die Verfolgung der Menschenhändler«. (AFP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/220292.vielen-zwaengen-ausgesetzt.html>